

Rodungsstopp im Hambacher Wald!

Die Vollversammlung beschließt:

1. Der Landesjugendring NRW verurteilt die u.a. durch die Weisung des Landes zur Räumung der Besetzung im Hambacher Wald herbeigeführte Eskalation im Konflikt um das Areal. Beklagt werden zudem die im Rahmen der Räumung erfolgten Rodungen. Politischer Protest und die Reaktion hierauf dürfen nicht in Gewalt gegenüber Menschen ausarten.
2. Der Landesjugendring NRW fordert die Landesregierung auf, die durch die Demonstrationen und Proteste zum Ausdruck gebrachten Forderungen vieler vor allem junger Menschen nach einem Stopp der Rodungen im Hambacher Wald, einem schnellen Kohleausstieg und einer Kehrtwende in der Energiepolitik ernst zu nehmen. Die durch die Demonstrationen zum Ausdruck gebrachten Positionen müssen in die politische Entscheidungsfindung einfließen. Das Land wird aufgefordert, zwischen den verschiedenen Forderungen und Positionen zu vermitteln und Lösungen für einen schnellen und auch für die Beschäftigten in der Braunkohle sozialverträglichen Ausstieg zu gestalten. Dabei dürfen die Interessen und Bedürfnisse der unterschiedlichen Interessensgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
3. Über den zwischenzeitlich erwirkten Rodungsstopp hinaus bekräftigt der Landesjugendring die Forderung nach einem durch die Landesregierung erwirkten Braunkohlen-Moratorium und somit einem Verzicht auf sämtliche Rodungsarbeiten im Hambacher Wald, bis die entsprechenden politischen Entscheidungen auf Basis des Votums der aktuell tagenden Kohlekommission getroffen und ausgestaltet wurden.
4. Der Landesjugendring NRW erarbeitet darüber hinaus eine differenzierte Position zur Klima- und Umweltpolitik, welche die Belange von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt.